

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 4 Mark, vierteljährlich 12 Mark; durch die Post bezogen monatlich 5 Mark, vierteljährlich 15 Mark. — Gest. und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schady; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Biemelhauser Str. 38—42. Telefon-Nr. 83, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: VBerband Bochum.

Wer Kampfesmut und -willen hat, der trete vor!

„Leben heißt kämpfen!“ Drei Worte, kurz und inhaltsschwer. Kaum ist sich das Proletariat seines Lebens bewußt, als es auch schon die Bitternisse des Daseins kosten muß. Und wie steht es mit den Erwachsenen, mit euch Kameraden und mit euch Bergarbeiterfrauen? „Ach, wäre es doch halb wieder Abend!“ ruft die Arbeiterfrau, wenn sie morgens müde, zerfurcht von der Last des vorigen Tages, aufsteht und die Sorgen des neuen Tages vor sich sieht. „Ach, wäre es doch halb Schicht!“ spricht mit dem ehrlichsten Verlangen der Kamerad, wenn er die Kaffeepulle schultert. Seht, ihr Arbeiter, ihr Arbeiterfrauen, ihr jungen Kameraden: das ist der Kampf ums Leben, und er ist so brutal, daß er kaum fassbar ist. Ihr verlangt, daß es Abend wird, daß die Schicht vorbei ist, um einen Tag älter zu werden. So vergehen Tage, Wochen, Jahre! Ihr seht euch nach dem Abend, nach dem Lebensabend, nach der ewigen Ruhe. Ruhen, ruhen, ausruhen will der Einzelne, will jeder vom Kampf — vom Lebenskampf.

Warum die Bitternis im Lebenskampf.

Warum schmerzt euch euer Los so sehr und beugt euren Rücken? Weil ihr sehen müßt, daß eine Minderheit des Volkes diese Last, die euch den Lebensabend erwünscht läßt, gar nicht kennt!

Die Kinder des Kapitalisten kennen die Grenzen der Schnurstricharbeit nicht. Sie bekommen, was ihr Herz begehrt. Können ihr das euren Kindern geben? Eure Kinder müssen nach der Schulentlassung zum Lebensunterhalt beitragen, sie müssen unter der Last körperlicher Arbeit. Die Kinder des Reichen werden, ohne Sorgen zu kennen, in hohen Schulen fürs Leben vorbereitet.

Die Frauen der Reichen: sie mögen auch Familienorgen haben; aber brauchen sie sich am Morgen zu fragen: Wie kriege ich heute meine Mäuler satt? Nein, diese Sorgen sind ihnen fremd!

Der Kapitalist hat vielleicht auch seine Sorgen. Aber braucht er sich des Morgens zu fragen, ob seine Familie auch für den Tag zu essen hat? Nein, das braucht auch er nicht!

Ihr seht diesen Klassenunterschied jeden Tag und deshalb hat euer Lebenskampf einen besonders bitteren Beigeschmack.

Muß es so sein? Nein, es kann anders sein. Auch ins Arbeiterheim kann ein Sonnenstrahl des Glücks hineinleuchten, und vor allem kann und muß dieser aufreizende Klassenunterschied beseitigt werden. Zudem Zweck haben wir unsere Organisation geschaffen. Die Aufgaben unserer Organisation bestehen darin, den Privatkapitalismus zu verdrängen und auch schon während des Ringens mit demselben die Lebenslage der Mitglieder einigermaßen erträglich zu gestalten. Das sind Aufgaben und Ziel unseres Verbandes.

Wer fällt uns in diesem Kampf in den Rücken?

Die Bergarbeiter selbst, jawohl, und sogar viele unserer Mitglieder gehören dazu. Gätten wir im Bergbau nicht die leidige Zersplitterung, könnten wir in unserem Fach viel näher dem gestellten Ziel gekommen sein, die ungeheure Beeinträchtigung der Kohlenwirtschaft durch die Unternehmer konnte beseitigt sein. Wenn es nicht so ist, so sind die Bergarbeiter selbst schuld daran, weil sie gedankenlos zu jedem Zersplitterer wie zu einem neuen Feind hinausschauen. Und Kameraden — die Hand aufs

Herz! — wurde in den letzten Jahren nicht zuviel Kraft durch Auseinandersetzungen innerhalb des Verbandes vergeudet? Gätten alle schwingenden Diskussionsredner ihren Feuerzifer gegen den Feind, den wir am tiefsten hassen: gegen Unverständnis und Unorganisierte gerichtet, dann müßte unser Verband heute noch einmal so stark und fähig sein, jeden Widerstand zu brechen.

Von den anderen Organisationen haben wir nichts zu erwarten. Die Christen z. B. denken gar nicht daran, mit uns gemeinsam an der Beseitigung des Übels, des Kapitalismus, zu arbeiten. Gewiß, im August 1920 haben auch sie auf dem Internationalen Bergarbeiterkongress in Geni der Sozialisierungsresolution zugestimmt und in Buch hat dazu eine Rede gehalten, wie sie jeder von uns unterzeichnen kann. Das ist jedoch schon lange her und die Christen können rechts und links. Heute sagen sie schon wieder, daß „alle Stände aufeinander angewiesen sind“, also auch die Arbeiter auf die Unternehmer und umgekehrt. Gewiß, auch sie müssen, wenn sie sich nicht aufgeben wollen, den Rechtsgefühlen und hungrigen Mägen der Bergarbeiter in etwa Rechnung tragen und wir müssen uns ihrer, soweit es zuträglich ist, zu der Besserung der augenblicklichen Lebenslage der Bergarbeiter bedienen. Was darüber hinausgeht, die Beseitigung des unfasslichen Privatkapitalismus, müssen wir mit eigener Kraft vollführen. Die Christen gehen hier keinen Schritt mit uns. Sie würden sich dadurch den Akt abjagen, auf dem sie sitzen.

Die Linksradikalen können — unbesehen dessen, daß sie meist überhaupt nicht wissen, was sie wollen — schon deshalb nicht aktiv in den Kampf zwischen Unternehmer und Arbeiter eingreifen, weil sie nirgends ein regelrechtes Organisationsgebilde aufweisen können. Nachdem auch die Radikalen eingesehen haben, daß sich die Wirtschaftsform nicht so umdrehen läßt wie eine Hand, ebbt auch langsam der Vortradikalismus ab.

Ihr seht, Kameraden, daß die Vertretung und Führung der Bergarbeiter nur in die Hände unseres Verbandes gelegt werden können. Kameraden, seid ihr gewillt, die kapitalistische Machtgier zu beseitigen? Seid ihr gewillt, eine Gesundung deutscher Bergbauwirtschaft herbeizuführen? Ist es nicht eine Schande, wenn ein Stinnes und Thiß im Auslande prahlen können, daß sie allein Deutschlands Schulden bezahlen wollen, wenn man ihnen Pfänder gibt, während in Deutschland kein Geld vorhanden sein soll, um neue Schächte teufen zu können? Wollt ihr, Kameraden, unseren Bergbau vor dem Ruin durch Kapitalisten bewahren und euch und eure Familien das tägliche Brot sichern?

Kameraden, wenn ihr das wollt, dann beweist euren Willen dadurch, daß ihr alleamt Bekanner- und Kampfermut an den Tag legt. Nicht in Putzchen, nicht in radikalen Reden, nicht in steter Oppositionslust äußert sich dieser Mut, sondern in der Agitation für den Verband.

„Es muß werden, wer nicht will verderben!“

Wir brauchen nicht — trotz alledem nicht — trostlos zu sein. Wenn ihr, Kameraden, nur wollt, dann sind wir in absehbarer Zeit am Ziel! Die Rechnung ist furchtbar einfach. Ein jedes Verbandsmitglied braucht in einem Jahr nur einen Kameraden dem Verbandsbezugzuführen und unsere Zahl hat sich verdoppelt. Es bleiben dann nicht viel Aushängeschilder übrig, und die sind schnell bezuwenden. Der

Verband bestimmt dann die künftige Wirtschaftsform im Bergbau. Nun sage uns keiner, daß er nicht fähig ist, in dieser Zeit einen Kameraden zum Beitritt in den Verband zu gewinnen. Das kann jeder. Das kleine Wort „Ich will!“ ist mächtig.

Ferner, Kameraden: Wo sind unsere allbewährtesten Sturmtropps, jene Agitatoren, die schon in Zeiten schlimmster Unterdrückung den Block der Dummheit, der Unorganisierten, benagten? Gewiß, sie sind mit Arbeit überladen, aber stehen sie allein da? 400 000 Kämpfer stehen hinter ihnen, und mancher „ganze Aker!“ ist dazwischen. Funktionäre, Vertrauensleute: ruft doch fortwährend bei jeder Gelegenheit, in jeder Versammlung, in die Reihen dieser Hunderttausende hinein: Wer Kampfesmut und -willen hat, der trete vor!

Bildet Sturm- und Sturmtropps, die einen organisierten Kampf gegen den Unverständnis der Massen führen. Diese an der Spitze, hinter ihnen die anderen, weniger mutigen Verbandskampfs, und es wird gelingen, den Verband in kurzer Zeit zu einem Meilen anwachsenden zu lassen, der mit einem Fußtritt die Mauern kapitalistischer Zwangsbürgen niederlegt.

Kameraden! Keiner von uns kann andere Wege zeigen, die zu unserem Ziel führen. Nur der vorgeschlagene Weg kann beschritten werden. Zögert also nicht. Schiebt jeden Nichtmacher beiseite, der etwa erklärt, daß nur die Taktik der Verbandsleitung uns Verbandsmitglieder zuführen kann. Die Handlungsweise der Verbandsleitung wird doch durch jene Macht bestimmt, die der Verband zu entfallen imstande ist. Alle gegenteiligen Meinungen sind naturgemäß falsch. Vor allen Dingen ist die Einheit innerhalb des Verbandes notwendig. Alle Kritiker, die sich nicht an der Agitation beteiligen, sind nur Mörder und müssen zum Schweißen gebracht werden. Sie gerade sind es, welche die Kameraden aus den Versammlungen und dem Verbands herauszeln.

Die Einheit ist möglich!

Die Kundigungsaktion hat eine Geschlossenheit und Sachlichkeit der Verbandsmitglieder im Ruhrrevier gezeigt, wie ihresgleichen nicht zu finden ist. Die 150 Versammlungen, welche Mitte Juli im Ruhrrevier abgehalten wurden, zeigten einen solchen gesunden Geist, daß eine Agitationsaktion unbedingten Erfolg bringen muß. Sie muß nur eingeleitet werden.

Vorwärts, Kameraden! In allen Revieren muß die Agitation im Großen eintreten. Ferner die Kameraden auf zum Sturm auf die Schutzwälle der Reaktion, auf den dunklen Feind: die Unwissenheit, die Dummheit, die Unorganisierten und Verführten. Bildet Agitationskomitees, die zusammen mit den Ortsleitungen die Agitation organisieren. Nicht gegeneinander, sondern miteinander in geschlossener Front muß der Kampf geführt werden.

Auf, Kameraden, folgt dieser Parole und in absehbarer Zeit werden wir über alle Hindernisse hinweg die Höhen erreichen, von wo aus wir das Glück genießen, von dem der Dichter Leopold Jakob sagt:

Dies ist das Große, was die neue Lehre uns verkündet:
Daß sie den Menschen hinführt in den Weltraum und auf Erden:
Die Arbeit hinter ihm, die Liebe zu seiner Linken,
Die Gerechtigkeit zu seiner Rechten, die Wahrheit vor ihm
Und die Freiheit über ihm, aber die Schönheit in ihm!

Bauarbeiterlöhne — Bergarbeiterlöhne.

Bei den letzten Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau wurde zur Begründung der erhobenen Forderungen auf die Löhne in anderen Gewerben verwiesen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns machte besonders den Bauarbeitern wegen ihrer Lohnforderungen Vorwürfe, auf die der „Grundstein“, das Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes, in Nr. 25 vom 24. Juni ausführlich eingegangen ist. Die Begründung des Bauarbeiterverbandes ist nun mit der Bitte um Unterstützung, von diesen Ausführungen des „Grundsteins“, die in die Form eines Offenen Briefes an den Reichsarbeitsminister gefaßt sind, unseren Lesern Kenntnis zu geben, damit sich nicht bei ihnen der Eindruck festsetzt, die Bauarbeiter hätten Löhne erhalten, die eine Schädigung der deutschen Volkswirtschaft bedeuten. Wir können wegen der Länge der Ausführungen nicht alles abdrucken, kommen sonst aber der Bitte um so lieber nach, als es ja gerade der Deutsche Bauarbeiterverband ist, der durch seine Bemühungen um die Förderung des Verbandes Sozialer Bauarbeiter, und durch die Förderung der Sozialen Bauarbeiter den ersten ernstlichen Versuch gemacht, den Einfluß der Privatkapitalisten im Gewerbe auszuweiten und den der Arbeiter- und Gewerkschaften zu vergrößern, ein Beginnen, das auf größte Aufmerksamkeit und ernste Unterstützung aller Arbeitnehmer Anspruch hat.

Der Offene Brief lautet in seinem ersten Teile:

Herr Minister Dr. Brauns! In der Reichskonferenz der rheinisch-westfälischen Kohlenbergwerke am 11. Juni haben Sie, wie wir den Zeitungsberichten entnehmen, gesagt: „Das Baugewerbe treibt die Löhne in die Höhe. Ich gönne den Bauarbeitern ihre Löhne; aber eine Frage ist, ob ein Beruf so aus der Reihe tanzen kann. Wenn die Bauarbeiter die Zusammenhang der Wirtschaft nicht verstehen und aus den öffentlichen Geldern Vorteile ziehen, die für die Allgemeinheit schädlich sind, dann kommt für die Regierung und den Reichstag die Frage, ob man noch die öffentlichen Mittel für Bauten bewilligen kann.“

Herr Arbeitsminister! Es ist möglich und wahrscheinlich, daß in vielen Orten die im Tarif vorgesehenen Löhne der Bauarbeiter um ein wenig höher sind als in anderen Berufen. Es ist nicht nur möglich und wahrscheinlich, sondern sicher, daß in einigen Bezirken die Unternehmer über die tariflichen Sätze hinaus Zulagen zahlen, um Arbeiter zu bekommen. Sind Ihnen diese Zulagen kein Beweis dafür, daß in anderen Gewerben höhere Arbeitsbedingungen herrschen als im Baugewerbe, und daß selbst die Unternehmer einsehen müßten, daß nur

durch derartige Mittel die Rückkehr von Facharbeitern des Baugewerbes zu ihrem alten Beruf erreicht werden kann? Sie bedauern, daß aus dem Bergbau Arbeiter abwandern zum Baugewerbe. Sind Ihnen jene Erlasse nicht bekannt, durch die doch gerade dieser Rückstrom zum Baugewerbe gefördert werden sollte? Wir meinen jene Erlasse, die im Reichsarbeitsministerium entstanden sind.

Herr Minister Dr. Brauns! Sie haben auf der Konferenz der Reichsregierung vertreten, die hinsichtlich der Verkaufspreise der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels dem Preiswucher unheimlichen Lauf läßt. Soll diese Freiheit nur für Unternehmer und Handelsleute gelten? Mit welchem moralischen Recht wollen Sie den Arbeitern verweigern, auch ihre einzige Waffe, die Arbeitskraft, so teuer, als möglich zu verkaufen? Oder gilt auch für die Regierung der Republik Deutschland das Recht der alten monarchistischen Grundbesitzer, daß es ihre erste Aufgabe ist, Milliarden zu kassieren? Sie scheinen anzunehmen, daß die Bauarbeiter die günstige Geschäftsstelle ebenso rückwärts für sich ausnützen, wie die Unternehmer es tun. Wenn Sie das annehmen, dann sind Sie schlecht unterrichtet. Zurzeit kostet der Bau einer Kleinwohnung, etwa das Fünftel dessen, was er 1913 kostete, während der Stundenlohn der am günstigsten gestellten Bauarbeiter etwa das Vierfache beträgt. Der Wochenlohn ist durchschnittlich gestiegen im Verhältnis zu dem des Jahres 1913 für Maurer um das Zweifelhundertfache, für Stillschreiber und Tiefbauarbeiter um das Hundertfache. Wir bitten Sie, zu beachten, daß, wenn man die heutigen Preise in Goldwährung umrechnet, die Baukosten im Verhältnis zu denen, die 1914 gezahlt wurden, um 15 Prozent gestiegen sind, die Stundenlöhne der Bauarbeiter aber um 34—45 Prozent gefallen. Wir bitten Sie, weiter zu beachten, daß in der Kriegszeit der Anteil der Arbeiterlöhne an den Baukosten eines Wohnhauses 33—45 Prozent betrug. Zurzeit beträgt er 25 Prozent und darunter. Wie erklären Sie, Herr Reichsarbeitsminister, die Unterschied sich ergebende Milliardensumme fließt in die Taschen der Unternehmer, der Baukostensteigerer und -fabrikanten.

Herr Minister! Wir nehmen an, daß es nicht die Schen vor den Unternehmern war, die Sie veranlaßte, diesen wunden Punkt nicht zu berühren. Sie werden sich gesagt haben: Gegenüber dieser verführerischen Bande von Kapitalisten ist alles Reden vergeblich! Sie hätten aber,

bevor Sie gegen die Bauarbeiter einen Vorwurf erhoben, daran denken sollen, daß man nicht die Löhne von Ende 1921 und Mai 1922 miteinander vergleichen soll, sondern die vom Jahre 1914 mit den jetzigen, und daß man diese dann im Verhältnis zu den heutigen Lebensbedarfpfeisen betrachten muß. Sie hätten weiter beachten müssen, daß ein Vergleich zwischen dem Stunden- oder Wochenlohn eines Bauarbeiters und dem eines Montanindustriearbeiters immer in schiefes Bild ergeben muß. Der Bauarbeiter muß durchschnittlich im Jahre mit 8 Wochen Arbeitslosigkeit rechnen; er muß in zehnjährigen Fällen doppelten Gehalt führen; er kann nur selten in der Höhe seiner Arbeitsstelle wohnen und muß daher einen erheblichen Teil des Lohnes für Fahrgehalt aufwenden; er hat weder eine billige Werkwohnung noch bekommt er Deputatslohn. Und vor allem ist zu beachten, daß die Bauarbeiter in den Jahren 1919 und 1920 zu Hunderttausenden arbeitslos waren; nicht nur wenige Wochen, sondern viele Monate lang. In dieser Zeit sind sie in bitterster Not geraten. Der Sommer war ständiger Galt. Hausheizungsgegenstände, Kleider, Schuhe, Wäsche wurden aufgebraucht und konnten nicht erneuert werden. Ist es nun die Absicht der Reichsregierung, diesen Zustand der Verelendung dauernd aufrechtzuerhalten?

Herr Reichsarbeitsminister! Wir wissen, daß Sie zu Ihren Angelegenheiten veranlaßt wurden durch die Behauptungen einzelner Delegierter über die Lohnhöhe in anderen Gewerben, besonders im Baugewerbe. Auch diese Redner haben nur den Stundenlohn an. Sie denken nicht daran, daß die Bauarbeiter von jeder Lohnverhöhung, die sie im letzten Jahre bekamen, etwa ein Drittel allein für die Preisverhöhung der Brennstoffe aufwenden mußten. Wovon allerdings die Bergarbeiter nur einen geringen Bruchteil erhielten. Die Bergarbeiter bekommen monatlich 10 Rentner Deputatslohn und zahlen 50 Pf. für den Rentner. Der Bauarbeiter muß dafür 800 Mark zahlen. Sein Einkommen verbleibt sich also durch diesen Preisunterschied verhältnismäßig um 795 Pf. Nebenbei gesagt, erhält er heute für diesen Preis nicht einmal minderwertige Braunkohle. Wir verraten Ihnen kein Geheimnis, wenn wir Ihnen mitteilen, daß die Bauarbeiter in ihrer Wahrheit an den Lohnverhöhungen keine Freude haben, denn sie wissen, daß sie dadurch nicht reicher werden. Aber sie müssen Lohnverhöhungen fordern, um für sich und ihre Angehörigen den nötigen Lebensbedarf zu beschaffen. Und sie würden ihre Pflicht gegen sich und ihre Kinder verlegen, wenn sie nicht so handeln. Glauben Sie, Herr Minister, nach allen Erfahrungen der letzten acht Jahre noch daran, daß Fabrikanten und Dienstboten ihre Waren auch nur um einen Pfennig billiger abgeben würden als jetzt, wenn die Arbeiter für die Güter des jetzigen Lebens

erhalten könnten? Nach unserer Auffassung würde die überhöhte Mehrwert der Kapitalgeber nur ihren Luxus erhöhen; sie würden noch mehr Mittel zum Auslande unterbringen, anstatt es zur Verbesserung und Erneuerung der Betriebe zu verwenden. Und die Arbeitslosigkeit würde weiter den Wille noch den Mut haben, sie daran zu hindern.

Der Minister! Der Arbeiter zählt am Tage seines Lohnempfanges von diesen 10 Prozent oder mehr Steuern an das Reich. Der Unternehmer oder Händler zahlt seine Steuern vielleicht nach einem Jahr, vielleicht nach zwei Jahren, vielleicht gar nicht. Das Reich hat also ein sehr großes Interesse an relativ hohen Arbeitslöhnen, denn die Arbeiter können nur so, die unsere Verwaltungsmaschinerie in Betrieb erhalten. Die Arbeiter hören und sehen, daß der Staat an sie die meisten Anforderungen stellt, daß sie ihn erhalten. Sie sehen, daß die Staatsgewalt nicht den Mut hat, gegen die staatsfeindlichen Privatkapitalisten und ihre Helfer vorzugehen. Und unter solchen Umständen stellen sie eine Mahnrufe an die Arbeiter, noch größere Opfer zu bringen. Das ist eine unbefriedigende Tätigkeit!

Im zweiten Teile erhebt die Schriftleitung des „Grundstein“ noch ernstliche Anklagen gegen die Reichsregierung, daß sie nichts zur Bekämpfung des Kapitalismus getan habe und auch sonst nicht ausreichendes Verständnis für die Wohnungs- und Baufrage bewiesen habe. Wir sind leider nicht in der Lage, die Reichsregierung gegen diese Vorwürfe in Zahl nehmen zu können. Mit weniger Gerechtigkeit und Gerechtigkeit hätte die Regierung für die Bekämpfung neuer Wohnungen sehr viel mehr leisten können. Doch das sind Fragen, die auf einem anderen Blatt stehen. Uns geht es nicht darum, daß zu den vielen Spaltungen der Arbeiterwelt noch eine neue kommt, sondern daß die Angehörigen des einen oder anderen Verstandes für die Lage des anderen bekommen und damit haben wir den Wunsch des Bauarbeiterverbandes erfüllt.

Das Reparationslohlenproblem.

Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ist in einem nicht geringen Ausmaße mit einer Anzahl Hemmnissen belastet. Der schwerste Schlag trifft den das Verfallener Erbschaft und seine Folgen unserem hochentwickelten Industrieland. Der Rohstoffmangel durch die Abtretungen und weitergehende Reparationsverpflichtungen. Aus einem ehemals rohstoffreichen Lande wurde ein rohstoffarmes Land; Versailles und die Genfer Entscheidung nahmen uns etwa 36 Prozent unserer früheren Steinkohlenvorkommens mit über 30 Prozent der Kohlenförderung, dazu verpflichtete uns das Reparationskohlenprogramm zu monatlichen hochwertigen Zwangslieferungen von 1,916 Mill. Tonnen. Diese Abgabepflichten machten die Kohlenkrise in Deutschland zu einem Dauersyndrom. Die Produktionskapazität der deutschen Wirtschaft ging dadurch immer mehr zurück. Durch vermehrte Einfuhren vornehmlich englischer Kohlen wurde der Rohstoffmangel der deutschen Kohlenbilanz nicht ausgeglichen. Die Kohlenkrise wurde erneut zur Kohlenkrise, zur Wirtschaftskrise. Eine Beschränkung nach der anderen erschüttert die Industrie. Die großen Werke leben von der Hand in den Mund. Der Hüttenzweckelbitverbrauch mußte im Juni zweimal um je 10 Prozent eingeigelt werden. Einzelne Gaswerke haben nur für wenige Tage Vorräte, so Mannheim 2, Nürnberg 3½, Dresden 3, Leipzig 6; die Gaswerke an der Rüste müssen sich fast ausschließlich mit englischer Kohle versorgen. Dasselbe ist der Fall bei den Elektrizitätswerken; sogar im Ruhrgebiet selbst haben Elektrizitätswerke zum Zwecke englischer Kohlen übergehen müssen. Ganz trostlos ist die Lage in den weiter von den Produktionsstätten entfernt liegenden Gebieten, besonders in Süddeutschland. Während es in früheren Jahren immer noch möglich gewesen ist, in den Sommermonaten die Eisenbahn und den Hausbrand für den Winter zu sichern, für die Ententeleistungen zu beherbergen, fehlen bis jetzt in Deutschland die Winterreserven vollständig.

Dieser verzweifelte Lage gegenüber steht die Kohlenlage im gesamten übrigen Europa. In England befinden sich Abnahmewirtschaften, ebenso in Frankreich und Belgien, und im Saargebiet mühen sogar Arbeiterverbände eingelegt werden.

Angeht diese traurigen Zustände und infolge des 20-prozentigen Produktionsrückfalls seit der Abtretung Oberschlesiens, ferner des 10-prozentigen Rückganges der Förderung im Ruhrgebiet, wurde von der deutschen Regierung unter aus-

führender Begründung durch eine Denkschrift der Reparationskommission eine Abänderung des bisherigen, seit März 1922 in Geltung gewesenen Lieferungsprogramms vorgeschlagen. Dieses sollte 400 000 T. Kohle, gleich 533 000 Tonnen Kohlen, 100 000 T. Koks, 150 000 T. Braunkohle neben einem fortwährenden Rest von 557 000 T. Kohlen umfassen. Damit wäre vom letzten Programm der oben erwähnte Anstieg von 10 und 20 Prozent in Abzug gebracht. Außerdem wurde in Hinblick auf einen möglichen weiteren Rückgang im Ruhrgebiet die Einführung gleitender Mengenbestimmungen vorgeschlagen. Die Reparationskommission ist auf diese wohlbedachten Vorschläge, die außerdem durch den Rückgang des Friedensvertrages nachkommen, die eine Minderung der Anforderungen bei übermäßiger Belastung der deutschen wirtschaftlichen Bedürfnisse vorsehen, nicht eingegangen. Lediglich die Gesamtmenge der zu liefernden Kohlen wurde geringfügig reduziert, das Lieferungsprogramm dagegen verbleibt. Am 21. Juli entschied die Reparationskommission, daß Deutschland in den Monaten August bis Oktober 1 725 000 T. Kohle gegenüber einem bisherigen Soll von 1 916 000 T. an die Entente abzuliefern hat. Hierin sind enthalten 620 000 T. Kohle, 100 000 T. Koks, 125 000 T. oberflächliche Kohle, welche letztere Deutschland von Polen kaufen soll. Falls sich in den drei Monaten die deutsche Kohlenförderung auf mehr als 8 300 000 T. stellt, sollen von dem Ueberschuß 20 Prozent außer den genannten 1 725 000 T. geliefert werden.

Bei allem Verständnis für die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich Frankreich befindet, bleibt doch diese neuerliche Anspannung der Reparationsleistungen in idiosyncrasen Devisen — Reparationsföhrer ist hier im wesentlichen Zahlungsmittel, weniger effektive Rohstofflieferung — um deswillen tief beunruhigend, als Frankreich dabei von völlig falschen Voraussetzungen ausgeht. Dies zeigt besonders deutlich der Bericht des „Journé Industrielle“ vom 21. Juni, worin der bekannte Kohlenhändler Jean Dupuy ausführt, daß die Minderung der Reparationsleistungen mit der Proportionalität der deutschen Industrie zusammenhänge. Der Wirtschaffler, der sich über der deutschen Wirtschaft ausbreitet, verkennt auch den ökonomischen Sinn. Deutschland kämpft, um die drohende Ausdrückung der Produktion zu hemmen, um vorhandene Anlagen nicht wertlos werden zu lassen — schon jetzt stehen beispielsweise von 250 Schmelzen nur 150 unter Feuer. Die neuen industriellen Zusammenballungen — darüber darf man sich nicht täuschen — wirken nicht produktionsvermehrend, sondern nur erhaltend. Die Kapitalflüsse, die Produktionenmenge wird absolut nicht vermehrt — ein Blick auf den Rückgang unserer Ausfuhrmengen macht dies augenscheinlich.

Ob das neue Lieferprogramm erfüllbar ist, ist mehr als fraglich zu bezweifeln. Sachverständige glauben die Frage glatt verneinen zu müssen. Dennoch dürfen die Anforderungen zu leisten, was eben nur zu leisten möglich ist, nicht erlahmen. Der gute Wille muß weiter wie bisher gezeigt werden, und der Tag wird doch kommen, wo man dem guten Willen die offene Hand hinstrecken wird. Das Reparationsproblem ist ein europäisches Problem und das europäische Problem ist, wie der frühere italienische Ministerpräsident Nitti ganz richtig sagte, ein moralisches Problem. Von Cannes über Genoa bis zur Gegenwart erleben wir die moralische Revolution des Verfallener Vertrages. Lassen wir uns durch die Rückgangsfanaten der Reparationskommission, als eine solche kann die neue Programmänderung gewertet werden, nicht irre machen: der moralischen Revolution wird die tatsächliche folgen müssen. Die Bergarbeiter unterstützen weiter die Erfüllungspolitik — sie lehnen es aber ab, dem Donner der Reparationskommission zuliebe sich soziale Verflechtungen gefallen zu lassen.

Regelung von Arbeitsstreitigkeiten aus dem oberösterreichischen Abkommen.

Der bide Band, der das sogenannte oberösterreichische Abkommen zwischen Deutschland und Polen enthält, befindet sich in einem langen 5 56

auch mit der Einrichtung eines Beirats für Arbeiterfragen in der Gemischten Kommission, welche auf Antrag eines der beiden Staaten sich während der Dauer des Abkommens mit Streitigkeiten, die sich aus diesem Abkommen ergeben, zu befassen hat. Es scheint, daß dieser Beirat auf Veranlassung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, das unter seinem französischen Direktor Albert Thomas von Anfang an ein reges Interesse für Oberösterreich gezeigt hat, geschaffen wurde. Es hat auch durch einen eigenen Vertreter an den meisten Verhandlungen in Oberösterreich, wie auch später in Genf, teilgenommen. Es ist damals schon aufgefallen, daß das Arbeitsamt mit ausgerechnet dieser Vertretung einen ehemaligen französischen Offizier betraute.

Der genannte Beirat für Arbeiterfragen soll sich aus einem Vorsitzenden und zehn Beisitzern zusammensetzen und seinen Sitz ebenfalls, wie die Gemischte Kommission in Katowice, also im polnisch-geordneten Teile, haben. Es ist für eine Schlichtungsdauer von 15 Jahren vorgesehen. Der Vorsitzende und zwei Beisitzer sind jedesmal für drei Jahre vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zu ernennen, doch soll der Vorsitzende weder Deutscher noch Pole sein, doch von den beiden Beisitzern soll je einer deutscher oder polnischer Staatsangehöriger sein, aber auch je einer deutscher oder polnischer Arbeiter sein, während die beiderseitigen Regierungen je vier Beisitzer, je zwei Hälfte Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aus dem betreffenden Teile des Abkommensgebietes bestimmen, allerdings nach vorheriger Verständigung mit den zuständigen Organisationen. Auch sollen in gleicher Weise für die Beisitzer Ersatzleute ernannt werden. Die Beisitzer üben ihr Amt für je ein Kalenderjahr aus, können aber wiedergewählt werden.

Die Gemischte Kommission hat auf Antrag eines der beiden beteiligten Staaten den Beirat für Arbeiterfragen zu hören, ehe sie in solchen Fragen eine Entscheidung trifft, doch hat sie dem Beirat eine Denkschrift über eine solche Frage vorher vorzulegen. Das Gutachten des Beirates muß von der Mehrheit der abgegebenen Stimmen in einer Sitzung beschloffen sein.

Bekanntlich kann Deutschland unter Umständen die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes im Haag darüber anrufen, ob die polnische soziale Gesetzgebung der bisherigen in diesen Gebieten geltenden Gesetzgebung gleichwertig ist, doch soll die Gemischte Kommission auf Verlangen eines der beiden Staaten vorher die Meinung des Vorsitzenden und der beiden vom Internationalen Arbeitsamt ernannten Beisitzer hierüber hören. Unter Umständen kann auch ein Gutachten der acht Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer eingefordert werden. Die Abschrift aller Gutachten ist auch an das Internationale Arbeitsamt einzureichen, das einen ständigen Sekretär zu ernennen hat, der auch wieder Deutscher oder Pole sein soll, wenn die Arbeit des Beirates dies bedingt. Der Vorsitzende wie auch dieser Sekretär werden diplomatische Privilegien haben. Die Entscheidung des Vorsitzenden wird nach den Sägen des Internationalen Arbeitsamtes vorgenommen, während die Beisitzer von Fall zu Fall entscheidend werden und zwar durch ihre eigenen Regierungen.

Zunächst ist es nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Internationalen Arbeitsamt sehr auffällig, daß die deutsche Regierung solche Bestimmungen annehmen konnte. Ein solcher Beirat ist an sich gewiß sehr nützlich, aber daß wir ihn freiwillig einer Arbeitskraft unterstellen, in der wir als Deutsche so gut wie gar keinen Einfluß, die Polen aber mit der Entente dessen Einfluß haben, ist völlig unverständlich. Dazu kommt, daß die Unkosten unüberhältnismäßig hoch sein werden, die natürlich letzten Endes Oberösterreich aufräumen muß. Mindestens hätte die Bestimmung getroffen werden müssen, daß die vom Verwaltungsrate ernannten Vorsitzenden und Sekretäre nur mit Zustimmung deutscher und polnischer Beisitzer ernannt werden können, denn sonst wird man zweifellos wieder Franzosen oder Französisches dazu nehmen, die ihre Funktionen über Posen ausüben lassen.

Das Internationale Arbeitsamt hat zu wichtigen, mehr oder minder politischen Missionen in Deutschland bisher keine Personen entsandt, die uns vom deutschen Standpunkte aus als neutral erscheinen können, und wenn es geboten wurde, entsprechend seiner Bestimmung, für den Schutz der Arbeiter einzutreten, wie das durch den deutschen Bergarbeiterverband geschah, als die ersten Kammeraden in Oberösterreich durch polnische Raubgeister ermordet wurden, oder als die Saararbeiter sich nach Genf wandten, da hat es in dem ersten Falle den erwähnten französischen Offizier entsandt, dessen politischer Geheimbericht die Entwertung und den energischen Protest des verstorbenen Kollegen Legien hervorrief, oder aber es hat wie im Falle der Saararbeiter, über welche die Französischen des Völkerrundes ungeschwächt und rücksichtslos herrschen, einfach ganz geschwiegen. Solange das Arbeitsamt sich nicht der Arbeiter annimmt, sondern Anlaß gibt zu der Meinung, daß es vornehmlich im Dienste der Entente arbeitet, also eine politische Institution ist, so lange darf es nicht erwarten, daß wir in Deutschland großes Vertrauen entgegenbringen.

Von unserer Regierung aber müssen wir energig verlangen, daß sie dafür sorgt, obwohl das leider in dem erwähnten Vertrage nicht steht, daß etwaige Ernennungen durch das Arbeitsamt nur nach vorheriger Verständigung mit den deutschen zuständigen Stellen — und dazu gehören auch unsere Spitzenorganisationen — erfolgen. Daß eine ähnliche Verständigung dann natürlich auch mit den Polen erfolgen müßte, liegt auf der Hand.

Eine wichtige Angelegenheit.

Lieber Kamerad!

Wenn du augenblicklich zu wenig Zeit hast, um diese Geschichte zu lesen, dann mache dir mit einem Bleistift ein Zeichen daneben und stehe die Zeitung hinter den Spiegel, so daß sie dir alle Tage in die Augen fällt. Und wenn du die Geschichte gelesen hast, dann gebe sie jedem zum Lesen, von dem du annimmst, daß sie für ihn geeignet ist. — Also lese hier die Geschichte. Ich weiß, daß sie dir sehr gefallen wird und daß du dich für Wort unterzeichnest.

Im Jahre 1920.

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung wurde über die Räte der Zeit gesprochen. Ein Redner meinte unter allgemeinem Beifall der hundertköpfigen Versammlung, daß der Kapitalismus an der Not der Arbeiterklasse mitschuldig ist, denn er ziehe aus unserer Arbeitskraft unerschöpfliche Gewinne und verneure die Lebens- und Lebensart durch Spekulationen. Aus der Versammlung lief beim Vorhandensein darauf folgender Antrag ein:

„Die Versammlung der 200 Mitglieder zählenden Zählstelle D... beauftragt den Vorstand, dahin zu wirken, daß das Privateigentum beseitigt und in Gemeinbesitz übergeführt wird. Auf die Regierung und Parlamente muß bemeinendend eingewirkt werden.“

Um schlußendlich, ob dieser Antrag zur Diskussion gestellt werden soll, fragte der Vorsitzende die Versammlung, wer den Antrag unterstützen will. Alle Hände flogen in die Höhe, der Antrag stand also zur Beratung. In der Diskussion sprach auch ein Kamerad, der mich besonders interessierte und zwar deshalb, weil er zum vorstehenden Antrag einen Zusatz machte, welchen ich nachher auch wörtlich wiederholen werde. Zuerst will ich erzählen, wie er seinen Zusatzantrag begründete. Er sprach treffend über die schädigende Wirkung des kapitalistischen Systems, unterrichtete die Notwendigkeit des Antrags und sagte:

Kameraden, ihr alle, die ihr doch so eifrig diesen Antrag unterstützt habt, seid doch auch von seinem Inhalt und seiner Notwendigkeit überzeugt. Infolgedessen müßte es mir sehr leicht sein, euch von einigen Kleinigkeiten zu überzeugen. Sehen wir zunächst, was die Sache überhaupt ist. Es ist eine wichtige Angelegenheit, die wir nicht übersehen dürfen.

Wir haben hier im Ort mehr als 4000 Bergarbeiter, wovon fast die Hälfte eigenen Haushalt führt. Hier am Ort sind eine Menge Geschäfte, welche ausschließlich von uns Bergarbeitern leben. Während in unserem Konsum nur wenige Bergarbeiter, kaum ein Viertel der Gesamtbevölkerung kaufen, blühen die Geschäfte der Privatarbeiter. Wir wollen deshalb hier den Kapitalismus abschaffen, indem wir alle und alles in unserem Konsum kaufen.

In unseren Ort kamen an jedem Sonntag drei Agenten der kapitalistischen Lebensversicherungen herum und schleppten jährlich hunderte Tausende Mark weg und in die Tasche der Kapitalisten der „Viktoria“-Versicherung und wie sie alle heißen. Bei diesen Gesellschaften laufen Tausende Mark jährlich zusammen, welche von Arbeitern gesammelt werden. Jeder, der sich oder seine Familie versichern will, trete deshalb unserer Versicherung, der „Viktoria“, ein. Diese Versicherung ist eine kapitalistische Versicherungsgesellschaft, welche hier bisher, entgegen den kapitalistischen Gesellschaften, nur wenige Verluste hat.

Wir haben nur zu diesen Bergarbeiterwohnungen finden, was noch die kapitalistischen Zeitungen, welche unsere Rechte verhöhnen und uns lächerlich machen, unsere Zeitung, die „Arbeiterzeitung“, ist hier nur schamlos verbreitet. Wir verpflichten uns, die kapitalistischen Zeitungen zu zerstören und nur die „Arbeiterzeitung“ zu kaufen.

Kameraden, ich habe euch das hier vorgetragen, und ich bitte euch, die Versicherung zu unterstützen, welche ein guter Geist über uns alle geschüttet hat.

Wie konnte es möglich sein, daß wir bisher freiwillig Kapitalisten geduldet haben? Wir brauchen nicht beim Kapitalisten zu kaufen, sondern in unserem Konsum! Wir brauchen uns nicht beim Privatarbeiter zu versichern, sondern in unserer „Viktoria“! Wir brauchen keine kapitalistischen Zeitungen zu lesen, wir haben doch unser eigenes Blatt! Das soll jetzt nicht mehr geschehen, wir unterstützen keine Kapitalisten mehr, sondern unsere Einrichtungen. Wir müssen dieses auch tun, wenn man unseren Antrag ernst nehmen soll.

Kameraden! Hier hat am Ort 4000 Bergarbeiter wohnen, unsere Zählstelle jedoch nur 200 Mitglieder zählt, ist und die Hälfte schlecht oder gar nicht organisiert. Wir verpflichten uns deshalb, dafür zu sorgen, daß in nächster Zeit alle Angehörigen dem Verbande beigetreten werden. Das ist für uns eine Kleinigkeit, jedes Mitglied braucht nur einen neuen zu gewinnen, dann haben wir sie alle. Ich für meinen Teil nehme ein halbes Duzend auf mein Gewissen. Es ist notwendig, daß wir sie alle gewinnen aus zwei Gründen: erstens, um unserem Antrag Nachdruck und Ernst zu verleihen und zweitens, um die Unzufriedenheiten über die große Aufgabe, die uns bevorsteht. Ich stelle deshalb zum schon vorliegenden Antrag folgenden Zusatz:

„Um dem Hauptvorstand und allen, die es wissen wollen, zu beweisen, daß wir es mit unserem Antrag ernst meinen, verpflichten sich die Mitglieder unserer Zählstelle, in Zukunft alle Waren nur in unserem Konsumverein zu kaufen. Versicherungsgesellschaften werden nur bei unserer „Viktoria“ getätigt, alle bürgerlich-kapitalistischen Zeitungen fliegen aus den Bergarbeiterwohnungen und nur die Arbeiterzeitung wird gehalten. Ferner verpflichten sich die Zählstelle, daß jedes Mitglied dem Verbande einen neuen Kämpfer zuführt.“

Nach der Rede dieses Antragstellers mochte die Diskussion gar nicht mehr in Schwung kommen. Bei der Abstimmung wurde zwar der Antrag mit dem Zusatz angenommen, jedoch flogen die Hände nicht sehr eifrig in die Höhe.

Zwei Jahre später.

Vor einigen Wochen war wieder eine Mitgliederversammlung in derselben Zählstelle. Gesprochen wurde über Lohnrückstellungen, Lohnverhandlungen, Tarifabschlüsse und andere Angelegenheiten. Die Unzufriedenheit, welche dort in der Sprache reichlichen Auslassung fand, ist sehr zu verstehen. Nicht verstehen konnte ich aber, daß man nur die Verbandseinstellung für alle Unzufriedenheiten verantwortlich machte. Die zahlreichsten Ausfälle gegen diese, welche meist nicht gerade geistreich waren, richteten aber ein verheerendes Schuttschlagwerk gegen den sogenannten Anführer in sich zu bergen. Da stand ein Kamerad auf, fast ein altes Vorkriegsblatt auseinander und las der Versammlung die im Jahre 1920 angenommene Entschließung vor. Man merkte, daß die Sache einigen Unwohlens, besonders dem lautesten Diskussionsredner, höchst unheimlich wurde. Nach der Vorlesung kam der Ruf: „Alte Quatsch!“ Der Kamerad ließ sich nicht beirren und sagte dann:

Diese Entschließung besteht nun schon zwei Jahre. Wir beauftragen darin den Vorstand, daß er für die Befreiung des Kapitalismus einzutreten habe und verdrachen — um zu zeigen, daß uns die Sache ernst ist —, auch nach dieser Richtung hin arbeiten wollen. Was wir verdrachen, konnte jeder von uns halten, wenn er auch nur über etwas Ernst und Willen verfügte. Jeder von uns konnte in zwei Jahren ein neues Mitglied gewinnen und keiner brauchte sein Geld zu kapitalistischen Geschäften zu tragen, welche nach Ansicht vieler Diskussionsredner und die Lohnrückstellungen wieder aus der Tasche ziehen. Ich habe nun während der zwei Jahre die Dinge hier am Ort beobachtet und will jetzt unterrichten, um wieviel jeder seine Finger setzen hat und welche Erfolge wir erzielt haben. (Zuruf: „Für Soße!“)

Der Redner fortsetzend:

Es wird sich zeigen, daß ich zur Sache spreche; im übrigen kann der Zuhörer beruhigt sein, denn nicht er allein hat ein schlechtes Gewissen, ich sehe noch andere, die ebenso schwer beladen sind; zur Beunruhigung füge ich hinzu, daß ich die einzelnen Zuhörer nicht namentlich aufzählen werde. Kameraden! Wenn ihr alle den Beschluß von 1920 ernst genommen hättet, so wäre die Zahl der kapitalistischen Privatarbeiter nicht gestiegen, sondern bedeutend gesunken! Die kapitalistische Presse, welche uns schlimmer denn je belächelt, wäre aus unserem Ort verschwunden. Unsere Mitgliederzahl hätte sich verdoppelt und wäre nicht um 10 Mitglieder gesunken. In den zwei Jahren wurden 50 Neuaufnahmen gemacht, trotzdem Rückgang in der Mitgliederzahl. Das ist der Ernst, den ihr gezeigt habt! Nur einigen Mitgliedern der Ortsverwaltung hat sich niemand um den Beschluß bekümmert. Kennst ihr das Ernst? Wenn wir von unseren Führern verlangen, daß sie für unsere Forderungen eintreten, so müssen wir, wie es sich für ein Kämpfer gehört, hinter ihnen stehen. Kleine persönliche Opfer darf kein Kämpfer scheuen. Scheut er diese, dann ist er kein Kämpfer, sondern ein Mensch, auf den eine andere Bezeichnung paßt. Viele von den lauten Kritikern meinen, für die Vorkriegszeit zu gut zu sein. Sie kommen mit hochschmetternder Miene hier in die Versammlungen, um nur zu kritisieren und um mit ihren Reden bei dem Versammlungsbesucher den Organisationsgedanken zu verfehlen. Wer ein Kämpfer sein will, muß es auch stets und immer wieder beweisen, daß er es wirklich ist. Die Kameraden, welche für die Entschließung gestimmt und nicht danach gehandelt haben, kann ich nicht als Kämpfer ansprechen. Auch spreche ich jedem das Recht ab, auf die Organisationsleistung zu schimpfen, der selbst das Gegenteil von dem tut, was die Führer erkämpfen wollen! Wer von euch hat die in der Entschließung aufgenommene Pflicht reiflos erfüllt?

Scharf wie Pfeile flogen die Worte in den Saal. Man sah, daß einige gewichtige Gestalten merklich zusammenzuckten. Der Redner fuhr fort: „Es wurde mir vorhin zugerufen: „Alte Quatsch!“ Kameraden, wenn es Quatsch ist, daß wir möglichst als Menschen, als Kämpfer zu handeln haben, dann ist es auch Quatsch, kapitalistische Reden zu halten, dann ist es auch Quatsch, überhaupt zu beraten, wie uns geholfen werden kann, dann wollen wir uns begraben lassen. Nur die Philosophie der Skeptiker, der geist- und kraftlosen Menschen kann die Meinung zeugen, daß die Führer die Welt umwälzen können, wenn die Arme aus Kämpfen besteht, die durch ihre maßlose Dummheit dem Feind fortwährend Selbsterdienste leisten. Und nichts anderes ist es, wenn wir vom Vorstand die Niederrückung des Kapitalismus fordern, wir selbst aber die Kapitalisten und ihre Presse unterstützen; wenn wir selbst, statt Mitglieder zu werden, diese hinauswerfen. (Mit erhebener Stimme.) Dem Vorstand rufe ich zu: Richtet eure Taktik nur um Simulieren nicht nach der Stimmung, sondern nach der Meinung der Menschen ein, die den Kapitalismus nur im Munde führen, ihre Taten aber das Gegenteil beweisen. Hört nicht auf die Stimme solcher Menschen, die nur von euch Pflichten verlangen, selbst aber keinen Finger rühren. Wenn wir unsere Arbeit nach dem Willen solcher Menschen einrichten, erwischen wir der Menschheit den schlechtesten Dienst und zerstören unsere Organisation!“

Nachdem der Redner geendet, bestand keine Regelung mehr zur weiteren Diskussion. Entschließungen wurden auch keine mehr verfaßt und die Versammlung wurde geschlossen. Ich habe erfahren, daß jetzt ziemlich viel Neuaufnahmen in der Zählstelle gemacht wurden. Meinst du nicht auch, lieber Kamerad, daß solche Begebenheiten wert sind, aufgeschrieben zu werden? Ich werde die Geschichte in meiner nächsten Zählstellenversammlung vorlesen; du auch? Et tu de.

Für das Lahn-Dillgebiet und Oberhessen steht ein
 schiedspruch folgende Lohnberhöhungen vor:
 Eisensteinbergbau: 60 Mk. für Hauer und alle über 20 J.
 alten Arbeiter, 55 Mk. für alle über 19 J. alten Arbeiter, 50 Mk.
 von 18 J., 45 Mk. von 17 J., 40 Mk. von 16 J., 35 Mk. von 15 J.
 und 30 Mk. von 14 J.
 Metallerzbergbau: 72 Mk. für Hauer und alle über 20 J.
 alten Arbeiter, 66 Mk. von 19 J., 60 Mk. von 18 J., 54 Mk. von
 17 J., 48 Mk. von 16 J., 42 Mk. von 15 J., 36 Mk. von 14 J.
 Braunkohle, Bitterwald und Oberhessen: 65 Mk. für Hauer
 und alle über 20 J. alten Arbeiter, 60 Mk. von 19 J., 55 Mk. von

